



## Initiativen Fluglärm in Mainz und Rheinhessen

Arbeitskreis Fluglärm Mainz-Lerchenberg, Bürger gegen Fluglärm in Rheinhessen, Gesellschaft für humane Luftfahrt Mainz e.V., Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main, Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz, Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V., Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) Landesverband Rheinland-Pfalz, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Rheinland-Pfalz e.V., NaturFreunde Rheinland-Pfalz, Kirchenvorstand der evangelischen Kirchengemeinde Mainz-Marienborn, Arbeitskreis Fluglärm Mainz-Hechtsheim

**Initiativen Fluglärm in Mainz und Rheinhessen**  
Dietrich Elsner, Lenauweg 51, 55129 Mainz

An Herrn  
Heinrich Martin Kreye  
Bürgerservice Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
Dorotheenstraße 84

10117 Berlin

Dietrich Elsner  
Lenauweg 51  
55129 Mainz  
Tel.+Fax: 06131-71672  
e-mail: [dietrich.elsner@arcor.de](mailto:dietrich.elsner@arcor.de)

20.11.2009

### **Fluglärm über Mainz, Kommunikation mit der Gesellschaft für humane Luftfahrt, 11.11.2009**

Sehr geehrter Herr Kreye, sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Herzer, GhL, war so freundlich und hat mir über sein Schreiben an Frau Dr. Merkel und seine Kommunikation mit Ihnen berichtet.  
Ich muss seine Argumente und Reaktionen in vollem Umfang unterstützen.

Bei den Thema Fluglärm geht es nicht um eine Frage, die vom Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als Fachministerium zu behandeln ist, sondern um die Frage der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes. Die angesprochenen Probleme stehen erheblich oberhalb der Entscheidungskraft eines Ministeriums, ganz besonders, wenn zu realisieren ist, dass die zuständige Fachabteilung dieses Ministeriums von ehemaligen und derzeitigen Mitarbeitern sowie einer starken Lobby der Luftverkehrsindustrie dominiert ist.

Herr Herzer hat mit Recht auf die Aussagen von unserer Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel zum 20. Jahrestag des Mauerfalls hingewiesen. Ich möchte die vielen Aussagen hinzufügen, die sie in ihrer Wahlkampagne gemacht hat, die im Koalitionsvertrag nieder gelegt sind und zu denen sie sich sicher verpflichtet fühlt. „Ich will die Kanzlerin aller Deutschen sein“. Ich unterstelle, damit meint sie auch die Deutschen, die heute und zukünftig unter den Flugrouten der Flughäfen leben müssen, wenn sich hier nichts grundsätzliches ändert.

Sprecher: Dietrich Elsner, Lenauweg 51, 55127 Mainz, Tel.: 06131-71672 für Arbeitskreis Fluglärm Mainz-Lerchenberg  
Jörg Reppel, Binger Str. 9, 55262 Heidesheim, Tel.: 06132 – 953530 für Bürger gegen Fluglärm in Rheinhessen  
Friedrich Herzer, Domitianstraße 40, 55126 Mainz, Tel.: 06131- 478247 für Gesellschaft für humane Luftfahrt Mainz e.V.  
Dr. Klaus Marx, Sattlerweg 20, 55128 Mainz, Tel.: 06131-35821 für Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main  
Michael Ullrich, Gärtnergasse 16, 55116 Mainz, Tel.: 06131-231973 für Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.“ (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz  
F. Voigtländer, Fassanerier, 55457 Gensingen, Tel.: 06727-8944-0 für Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V.  
Frauenlobstrasse 15-19, 55118 Mainz, Tel.: 06131-140 39-0 für Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) Landesverband Rheinland-Pfalz  
Dr. Gert-Wolfhart Guse, Richard-Müller-Str.11, 67823 Obermoschel, Tel.: 06362-993200 für Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.  
Rolf Mantowski, Morschstr. 39, 55129 Mainz, Tel.: 06131-507023 für NaturFreunde Rheinland-Pfalz / Umwelt  
Pfr. Harald Jaensch, Mercatorstr. 20, 55127 Mainz, Tel.: 06131-36 36 33 für Kirchenvorstand der Ev. Kirchengemeinde Mainz-Marienborn  
Heino Schwarz, Platanenstrasse 9, 55129 Mainz, Tel.: 06131-59536 für Arbeitskreis Fluglärm Mainz-Hechtsheim

Schon in der Präambel (den Entwurf habe ich vollständig studiert) wird gesagt:

*„kommenden Generationen ein Leben in Wohlstand, Gerechtigkeit und Sicherheit ermöglichen“*. (Zeile 9)

Damit sind auch die kommenden Generationen gemeint, deren Gesundheit, das Erlernen der Muttersprache, die Sozialisierung im Kindergarten und auf dem Spielplatz, die Leistung in der Schule (besonders das Textverständnis) und die Leistung der Studenten an den Unis unter den Flugrouten durch Lärm und Schadstoffe erheblich beschränkt werden.

In Zeile 39 wird von „sozialer Verantwortung“ gesprochen und in Zeile 46 *„wird der Mensch in den Mittelpunkt der Politik gestellt“*.

Das muss auch für die Menschen gelten, die unter dem immer stärkeren Wachstum des Luftverkehrs zu leiden haben.

Weiter darf die *Herkunft nicht über die Zukunft entscheiden*. (Zeile 60)

Wenn aber Menschen vor der Fluglärmbelastung fliehen, die es sich leisten können, wird sich eine Segregation einstellen, die neben der oben beschriebenen Belastung genau das bewirkt.

Die Regierung *„will ein Deutschland das zusammen hält“*. (Zeile 61)

Das wollen wir auch. Deswegen müssen vergleichbare Lebensverhältnisse geschaffen und erhalten werden.

Die Reihe wäre fast endlos weiter zu führen, bis zur Zeile 5869 in der wörtlich steht:

*Körperliche und geistige Unversehrtheit, Gedanken- und Meinungsfreiheit und die Freiheit von Diskriminierung sind unveräußerliche Prinzipien unserer Menschenrechtspolitik.*

Ich bin sicher, diese Aussage bezieht sich nicht nur auf die, die von dem Luftverkehr profitieren, und auch nicht nur auf die Menschen in heutigen Kriegsgebieten und Entwicklungsländern, sondern in gleicher Weise auch auf die Menschen in Deutschland, die unter besonderen Belastungen der Gesellschaft zu leiden haben, eben auch auf die Menschen, die unter Lärm und Abgasen, besonders dem Luftverkehr leiden.

Unter Verkehrslärm allgemein und unter Fluglärm im Besonderen leiden Millionen Menschen in ganz Deutschland. Verkehrslärm hat sich zu einer Geisel der Menschheit entwickelt.

Frau Ute Granold (MdB), direkt gewählte Abgeordnete aus unserem Wahlkreis, hat im Zuge der Erstellung des Koalitionsvertrages einen Lösungsvorschlag eingebracht, den wir in vollem Umfang unterstützen, der von der Arbeitsgruppe Verkehr aber nicht aufgenommen wurde. Statt dessen wurde eine Formulierung aufgenommen, die aus dem Lobbybereich der Luftverkehrsindustrie gekommen ist.

*Neben einer Kapazitätsentwicklung der Flughäfen werden wir insbesondere international wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicherstellen.*

Dahinter steht das seit langem angestrebte Ziel den §29 LuftVG so zu ändern, dass eine verwaltungstechnische oder richterliche Beschränkung des Nachtfluges in Deutschland nicht mehr möglich ist.

Der Verkehrslärm (eben auch der Fluglärm) muss, wie Frau Granold vorschlägt, aus seiner Sonderstellung herausgenommen und den selben Regeln unterworfen werden, wie alle anderen Lärm-Emissionen auch, wobei die Lärm-Immission über das BImSchG geregelt wird.

Das würde die Planungssicherheit für Verkehrsanlagen und vor allem für Flughäfen erhöhen, weil bereits in der Planungsphase ermittelt werden kann, was geht und was nicht geht. Ebenso können bereits in der Planungsphase die Kosten errechnet werden, um eine Planung sozial gerecht und erträglich umzusetzen. Dem sozialen Frieden im Land könnte kaum ein besserer Dienst erwiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dietrich Elsner  
(Sprecher des Arbeitskreises Fluglärm Mainz-Lerchenberg)